

## Chancen ziviler Konfliktbearbeitung in Nah-Mittel-Ost

### Der Krieg in Syrien

*Werner Ruf*

#### Vorbemerkungen

Die Vielfältigkeit und Komplexität der Konflikte in diesem Raum scheint endlos und zunehmend unüberwindbar. Auf den ersten Blick scheinen sie vor allem zurückzugehen auf die Zerstörung der Staatlichkeit in der Region, die primär zurückzuführen ist auf die Interventionen der USA in den 80er Jahren in Afghanistan, 1993 in Somalia, 2003 in Irak und 2011 die Interventionen einer Vielzahl von Mächten in Syrien und – unter Führung der NATO – in Libyen. Vor allem der Konflikt in Syrien soll im Folgenden in Vordergrund stehen.<sup>11</sup>

#### Hundert Jahre imperialistische Dominanz

Die Wurzeln der Konflikte liegen jedoch tiefer: Sie reichen zurück in den 1. Weltkrieg, die Zerstörung des Osmanischen Reiches, das Sykes-Picot-Abkommen, mit dem die imperialistischen Mächte Großbritannien und Frankreich die Region unter sich aufteilten, und vor allem den „Friedens“-Schluss von Sèvres (1920), der diese „Neuordnung besiegelte. Zwei Konflikte, die konstant im Zentrum der Arbeit von Andreas standen, haben dort ihren Ursprung:

1. Der israelisch-palästinensische Konflikt: In seinem Versuch, während des 1. Weltkriegs Allianzen gegen das Osmanische Reich zu schmieden, entstand die Balfour-Deklaration, in der London der zionistischen Weltbewegung die Errichtung „einer jüdischen Heimstätte“ in Palästina für die Unterstützung im Krieg versprach – die Rechte der einheimischen Bevölkerung sollten dadurch nicht tangiert werden. Zeitgleich versprachen die Briten dem haschemitischen Scherifen von Mekka die Errichtung eines unabhängigen geeinten arabischen Königreichs, wenn sie durch Aufstände die britische Politik unterstützten. Schließlich wurde im gleichen Zeitraum jenes Sykes-Picot-Abkommen geschlossen, das bis heute die politische Geografie der Region bestimmt.
2. Auch das Streben der kurdischen Bevölkerung nach Schaffung einer nationalen Staatlichkeit stand auf der Tagesordnung in Sèvres. Dort erhielten die kurdischen Vertreter eine Zusage für die Unterstützung ihrer Bestrebungen. Doch auf der Folgekonferenz in

---

<sup>11</sup> Dabei stütze ich mich vor allem auf meine soeben erschienene Monographie *Islamischer Staat & Co. Profit, Religion und globalisierter Terror*. Köln 2016.

Lausanne (1923) gelang es der Türkei, die Bildung eines kurdischen Staates zu verhindern. Die Kurden leben heute als ethnische Minderheit verteilt auf fünf Staaten der Region.

Diese beiden ungelösten Konflikte prägen bis heute die konflikthafte Landschaft der Region. Mit der Arabellion und ihren Hoffnungen auf Freiheit, Demokratie und Würde kamen weitere Interessen ins Spiel: Die reaktionären Despoten am Golf, allen voran Saudi-Arabien, nutzten die in Gang befindlichen Umbrüche, um die von den Völkern eingeforderten Freiheiten im Keim zu ersticken: Islamistische Bewegungen im gesamten Raum wurden unterstützt, die säkularen Regime in Ägypten, Libyen, Jemen und Syrien sollten verschwinden, das reaktionäre Herrscherhaus in Bahrein musste mit Waffengewalt gestützt werden, der politische Islam wurde zur Waffe einer konterrevolutionären Politik und zugleich zum Instrument der politischen Auseinandersetzung in der Region, in der, im Kampf um die Hegemonie, auch der alte latente aber bisher nie gewaltsam ausgetragene Konflikt zwischen schiitischem und sunnitischem Islam instrumentalisiert wurde: Die Rivalität zwischen den Saudis und Teheran wurde auf die konfessionelle Ebene gehoben und zur Basis von Bündnissen und Feindbildern gemacht, wie beispielsweise die „schiitische Achse“ Teheran – Damaskus – Beirut und die vom Golf-Kooperationsrat aber auch von der Türkei betriebene islamistische sunnitische Expansion. Konfessionalisierung und Ethnisierung der Konflikte (in der amerikanischen Literatur unter dem Begriff *sectarianism* zusammengefasst) wurden zum Mittel der Politik. Dies ist die Hintergrundfolie, auf der die in Syrien beteiligten Akteure ihre Interessen verfolgen. Diese sollen im Folgenden kurz benannt werden.

## Akteure und Interessen im Konflikt in Syrien

### 1. Die USA

Auch ohne massive militärische Interventionen bleibt Washington ein zentraler Akteur in der Region. Zwar hatten die USA schon im Januar gegenüber Tunesien und Ägypten als Ziel formuliert „wir wollen diesen Wandel“.<sup>12</sup> Doch den wollte man keineswegs sich selbst überlassen: Bezüglich der Krise in Syrien erklärte die Außenamtssprecherin Victoria Nuland Anfang Juli 2011, die USA würden sich darauf konzentrieren „unsere Unterstützung den Syrern vor Ort zu geben, die sich organisieren und deutlich sagen, dass sie einen Wechsel wollen“<sup>13</sup>. Der US-Botschafter in Damaskus, Robert Ford, mischte sich aktiv in das Geschehen

---

<sup>12</sup> Philip Crowley, Sprecher des US-Außenministeriums, erklärte bei einem Besuch in Algier am 18. Februar 2011: „Der Wandel ist notwendig. ... Wir haben nicht gezögert, die universellen Rechte des algerischen Volkes zu betonen. Wir haben dasselbe in Tunesien getan ... (und) in Ägypten und wir sind dabei, dasselbe in der ganzen Region zu tun. Wir ermutigen diesen Wechsel und wir wollen einen friedlichen Wandel.“ (Interview mit der algerischen Tageszeitung *Liberté*, 19. Februar 2011).

<sup>13</sup> Leukefeld, Karin: Flächenbrand. Syrien, Irak, die arabische Welt und der Islamische Staat. Köln 2015, S. 54.

vor Ort ein, wobei er aus seiner Unterstützung für die Rebellion keinen Hehl machte.<sup>14</sup> Auch hier zielte die Politik der USA auf einen *regime change*, der den Sturz Bachir al-Assads zum Ziel hatte und zugunsten der Muslimbrüder ausgehen sollte.

Unter dem Motto „Assad muss weg“ hofften die USA, eines der letzten relativ unbotmäßigen Regimes in der Region zu beseitigen. Ihr Hauptanliegen war die Schwächung des Iran, der seit der Revolution im Jahre 1979 als der zentrale Gegner in der Region angesehen wurde. Hauptziel war die Zerschlagung der „schitischen Achse“ (Iran – Syrien – libanesische Hizbullah). An diesem Punkt trafen sich die Interessen der USA mit denen Israels, der Türkei und Saudi-Arabiens. Um nicht nach den verlorenen Kriegen in Afghanistan und im Irak abermals an vorderster Front kämpfen zu müssen, schien die alte Politik des Stellvertreterkrieges nahe zu liegen: Die muslimischen (sunnitischen) Vormächte Saudi-Arabien, Qatar und die Türkei, erschienen geradezu als natürliche Verbündete, die vor Ort das Kampfgeschehen übernehmen bzw. durchführen (lassen) konnten.

## 2. Russland

Syrien ist für Russland nach dem Ende des Kalten Krieges der letzte verbliebene und verlässlich erscheinende Partner in der Region. Tausende russische Experten sind nicht nur im militärischen, sondern auch im zivilen Bereich in Syrien tätig. Von höchster Priorität ist für Russland aber seine Marine-Basis in der syrischen Hafenstadt Tartous. Sie ist die einzige Basis der russischen Flotte außerhalb ihres Territoriums und in warmen Gewässern. Wenn Russland ein *global player* bleiben will, muss es im Konflikt um Syrien Präsenz zeigen und seinem Partner Schutz bieten. Die Entwicklung des Konflikts und die Beteiligung zahlreicher jihadistischer Gewaltakteure stellen in der Wahrnehmung Russlands auch eine Gefahr für die eigene Sicherheit dar, kämpfen in Syrien doch viele Jihadisten aus den muslimischen ehemaligen Sowjet-Republiken, die fanatisiert und kampferfahren in ihre Heimat zurückkehren könnten.

## 3. Die Türkei

Die Türkei verfolgt vielfache Interessen im Konflikt. An erster Stelle steht die Verhinderung der Entstehung einer Autonomie oder gar Staatlichkeit in den kurdischen Gebieten Syriens, die sich von der Kontrolle Assads weitgehend befreit haben. Die Entstehung staatlicher Strukturen in den kurdischen Gebieten eines zerfallenden Syrien würde einen Präzedenzfall darstellen für die Zukunft der kurdischen Gebiete der Türkei und dem kurdischen Autono-

---

<sup>14</sup> A. a. O., S. 53.

miestreiben dort gewaltigen Auftrieb geben. Diese Gefahr wird von Ankara als umso höher eingeschätzt, als die syrisch-kurdischen Volksbefreiungskräfte PYD eng mit der türkisch-kurdischen Arbeiterpartei PKK zusammenarbeiten.

Die den Muslimbrüdern nahestehende islamistische AKP befindet sich insofern auf der Linie „westlicher Werte“, da sie die neuen Partner des Westens in der Region, die Muslimbrüder<sup>15</sup> (Tunesien, Ägypten bis zum Sturz Mursis), unterstützt und den Umbau dieser Gesellschaften entlang neoliberaler Konzepte vorantreibt. Zugleich verfolgt die Türkei als Mitglied der NATO eigene Großmachtvisionen, in denen sie sich in einer Art Nachfolge-Rolle des Osmanischen Reiches sieht.<sup>16</sup> In diesen Kontext passt, dass die Türkei seit 2012 die vorwiegend im Nordwesten Syriens lebenden Turkmenen mobilisiert und aufgerüstet hat. In Ankara wurde 2013 eine „Turkmenische Gesetzgebende Versammlung“ ins Leben gerufen. Die turkmenischen Milizen kämpfen zwar auch gegen die Truppen Assads, ihre Hauptaufgabe aber ist wohl, den Vormarsch der syrisch-kurdischen PYD im Nordwesten zu stoppen.<sup>17</sup>

Ein weiterer, bisher kaum thematisierter Aspekt sind die Kohlenwasserstoffreserven an der Küste der Levante, die vom US Geological Survey auf 1,7 Mrd. Fass Öl und auf 122 Trillionen Kubikmeter Gas geschätzt werden.<sup>18</sup> Diese Öl- und Gasfelder erstrecken sich von der Küste des Gaza-Streifens über die Küstengewässer Israels und des Libanon bis vor die Küste Syriens. Vor allem Israel, das bisher über solche Ressourcen nicht verfügt, zeigt massives Interesse, aber auch die Türkei könnte durch die Verwirklichung ihrer neo-osmanischen Gebietsvorstellungen und die Aneignung von Teilen Syriens Zugriff auf einen Teil dieser Ressourcen erhalten. Ohnehin führen die wichtigsten Pipelines für die europäische Energieversorgung durch die Türkei, die damit ihre geopolitische Schlüsselposition noch ausbauen könnte. Die Türkei selbst hat einen ständig wachsenden Energiebedarf, verfügt aber bisher nicht über eigene Ressourcen.

#### 4. Saudi-Arabien

Die wahabitische Despotie sieht sich nach dem Sturz mehrerer säkularer Diktaturen in der Region als gestärkte Regionalmacht. Als Bedrohung sieht sie folgerichtig den Iran, der als starker Pfeiler der „schiitischen Achse“ ihr Hauptfeind ist. Die Assad-Familie entstammt der alaouitischen Religionsgemeinschaft, die als eine Variante der Schi'a gilt. „Assad muss weg“ ist daher ein strategisches Ziel saudischer Politik. Die Verbreitung des wahabitisch-salafistischen Islam war schon immer (Afghanistan in den 80er Jahren, die Sahelzone, aber auch die post-

---

<sup>15</sup> Zur Entwicklung dieser neuen Partnerschaft der USA und des Westens ausführlich: Ruf, a.a.O., S. 32 - 48.

<sup>16</sup> Cakir, Murat: Neo-Osmanische Träume. Über das Werden einer Regionalmacht. Artikelsammlung, Berlin 2014: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

<sup>17</sup> Kulow, Karin: Dilemmata türkischer Syrien-Politik. In: Ossietzky 10/2016, S. 360 - 362.

<sup>18</sup> Pelagias, George Christian (2012): Major Gas Finds in Eastern Mediterranean – a source of new supply and conflicts in South East Europe. <https://www.energimyndigheten.se/contentassets/ed09a5b8fd074f8894ac2eb8ac86ea11/summary-erpic.pdf> [05-05-16].

revolutionären Gesellschaften Tunesiens und Ägyptens) zentrales Instrument saudischer Außenpolitik, mit dem Riad seinen Einfluss in der arabisch-islamischen Welt gewissermaßen von unten zu stärken suchte. Die Unterstützung der Jihadisten in Syrien ist daher die konsequente Fortsetzung saudischer Außenpolitik. Die wahabitische Propaganda beschränkt sich keineswegs auf die islamische Welt. Auch in den westlichen Hauptstädten unterhält Saudi-Arabien Ausbildungsstätten wie zunächst in Bonn, dann in Berlin, wo die „King Fahd-Akademie“ eine Schule und eine Moschee unterhält, in der auch zum „Heiligen Krieg“ aufgerufen wird.<sup>19</sup> Das Gewähren-Lassen der saudisch-wahabitischen Agitation durch die deutschen Behörden ist nur erklärbar durch die wechselseitigen Wirtschaftsinteressen, die sich im Kauf von Öl und Rüstungsgütern manifestieren. Vom damaligen Außenminister Westerwelle und dem Ex-Verteidigungsminister de Maizière wurde dieses Verhältnis auf die Formel gebracht „Saudi-Arabien ist ein Anker der Stabilität“. Salafistische Propaganda oder Menschenrechte müssen da in der Rangigkeit nach hinten rücken, *regime change* kommt in solchen Fällen nicht in Betracht – schließlich ist Saudi-Arabien ja Mitglied des UN-Menschenrechtsrats.

Entscheidend im Konflikt in Syrien ist jedoch, dass die Saudis dort jihadistische Milizen wie den „Islamischen Staat“ (aber nicht nur diesen!) von Anfang an massiv unterstützten, vertritt dieser doch in radikalster Weise die wahabitische Lehre, die in Saudi-Arabien Staatsreligion ist. Allerdings nutzen die Jihadisten taktisch geschickt die Widersprüche zwischen der reinen Lehre und der sozialen Praxis des Königshauses und der über 6000 Prinzen, von denen Fotos in Spielhallen und bordellähnlichen Einrichtungen in der arabischen Welt kursieren. Als Prototyp eines Rentenstaates hat Saudi-Arabien eine Bevölkerung von mehr als 30 Mio. Menschen aus seinen Exporteinnahmen zu ernähren. Dies hat dazu geführt, dass erstmals im Jahre 2016 mit einem Haushaltsdefizit von 86 Mrd. US \$ zu rechnen ist, große Investitionsvorhaben im Bereich der Infrastruktur wurden gestoppt.<sup>20</sup> Hinzu kommt der kostspielige Krieg im Jemen, der sich immer mehr als nicht gewinnbar zeigt. Die jüngsten Anschläge des „IS“, die ohne Unterstützung innerhalb der saudischen Gesellschaft nicht möglich wären, zeigen, dass das Regime alles andere als ein „Anker der Stabilität“ ist. Dass die Herrschaft der Familie Saud zunehmend mit brutaler Repression gesichert werden soll, zeigt die Hinrichtung des geistigen Führers der saudischen Schiiten, Nimr Baqr al-Nimr am 2. Januar 2016, die auf internationaler Ebene in der Brandschatzung der saudischen Botschaft in Teheran und der Bombardierung der iranischen Botschaft im Jemen mündete.

<sup>19</sup> Rasche, Ute: König-Fahd-Akademie verherrlicht Kampf gegen „Ungläubige“. In: FAZ, 26. Juni 2004.

<sup>20</sup> Abougabal, Hossam/ Khan, Sarmad (2015, 28. Dez.): Saudi Arabia to run \$87bn budget deficit in 2016. In: Middle East business intelligence. [www.meed.com/sectors/government/saudi-arabia-to-run-87bn-budget-deficit-in-2016/5001038.article](http://www.meed.com/sectors/government/saudi-arabia-to-run-87bn-budget-deficit-in-2016/5001038.article) [06-01-16]

## 5. Qatar

Auch das Emirat Qatar hat ein unmittelbares Interesse am Konflikt in Syrien. Bereits 2009 hatte Qatar Damaskus vorgeschlagen, eine Pipeline zum Export seines Gases in Richtung Türkei zu bauen, die in der Türkei an die großen Transportlinien in Richtung Europa angeschlossen werden sollte. Die Pipeline sollte über Saudi-Arabien und Jordanien durch Syrien verlegt werden. Es mag der „schiitischen Achse“ zu verdanken sein, dass die syrische Regierung einem Projekt den Vorzug gab, das für eine Bausumme von 10 Mrd. \$ iranisches Gas über den Irak durch Syrien Richtung Türkei führen sollte. Das Abkommen über diese sogenannte „Islamische Pipeline“ wurde im Juli 2011 geschlossen, als der Krieg in Syrien bereits begonnen hatte. Bei der syrischen Entscheidung mag die Nutzung eigener Ressourcen im offshore-Bereich des Mittelmeers und die Hoffnung, mit den iranischen Partnern leichter handelseinig über die mögliche Einspeisung dieses Gases in die „Islamische Pipeline“ zu werden, mit einer Rolle gespielt haben. Nachdem in der Folge des Atomabkommens mit dem Iran die Sanktionen aufgehoben sind, hat dieses Projekt geo-strategische Bedeutung – und wäre ein Grund für die EU, auf ein Ende des Krieges in Syrien hinzuarbeiten. Ob den USA an einer zunehmenden Unabhängigkeit der Energieversorgung Europas gelegen ist, ist eine andere Frage, die hier nicht weiter verfolgt werden kann.

Qatar und sein Sender *al jazeera* unterstützen die Muslimbrüder, die von Saudi-Arabien als Erzfeinde des Wahabismus und des Salafismus gesehen werden. Dieser Konflikt, der vor allem durch die Predigten eines der führenden Muslimbrüder, Youssef Qaradaoui, auf *al jazeera* befeuert wird, gipfelte vor zwei Jahren in der Abberufung des saudischen Botschafters aus Doha.<sup>21</sup>

## 6. Iran: der große Gegenspieler?

Seit der Revolution des Jahres 1979 galt der Iran als der große Feind und Gegenspieler des Westens im Allgemeinen und Israels im Besonderen. Mit der Revolution von 1979 hatten die Ayatollahs in Teheran gezeigt, welche mobilisierende Kraft dem Islam innewohnen kann. Der Krieg, den Saddam Hussein acht Jahre lang stellvertretend für die Golfmonarchien und die USA gegen das Land führen durfte und sollte, zeigte den Machthabern in Teheran zugleich ihre Isolation in der sie umgebenden Staatenwelt. Da war das syrische Regime nahe liegend, denn es war der Erzfeind der sich gleichfalls auf die Wurzeln der Baath-Partei berufenden irakischen Diktatur. Mit Syrien einte das Land nicht nur die Gegnerschaft gegen den Irak, sondern zugleich eine virulente anti-israelische Rhetorik, die jedoch in beiden Fällen

---

<sup>21</sup> Roberts, David B.: Qatar and the Brotherhood. In: *Survival*, Vol 56, N. 4 (2014), S. 23 – 31.

mehr auf die innere Öffentlichkeit gerichtet war, als dass sie tatsächlich aggressive Absichten gegen Israel intendierte: Die sicherste Grenze Israels war die mit Syrien. In der Gesamtschau verhielt sich der Iran gegenüber dem Westen eher defensiv: Die gemeinsame Grenze mit Afghanistan blieb während der seit 2001 andauernden Intervention des Westens ruhig. Teheran kam auch den schiitischen Glaubensbrüdern der Hazara in Afghanistan trotz ihrer Verfolgung durch die Taliban nicht zur Hilfe.

Der über Jahre medial befeuerte Streitpunkt war das iranische Atomprogramm, das sehr wahrscheinlich – auch – militärische Zwecke verfolgte. Doch auch hier zeigt sich die Doppelbödigkeit westlicher Berichterstattung: Längst verfügen nicht nur Israel, sondern auch Indien und Pakistan über „die Bombe“ – im Falle Pakistans sogar über eine „islamische“. Richtig ist, dass die drei letztgenannten Länder nie dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten sind – Iran dagegen schon, da der Schah diesen Vertrag unterzeichnet hatte, dennoch aber insgeheim ein Nuklearprogramm verfolgte, was ihm von seinen westlichen Protektoren gestattet wurde.<sup>22</sup> So bleibt der Fixierung auf das iranische Nuklearprogramm ein Beigeschmack, der die These unterstützt, dass es weniger um das iranische Nuklearprogramm ging als um die Ächtung, Isolierung und Schwächung der iranischen Position im regionalen Machtgeflecht. Genau dies scheint sich mit der Unterzeichnung des Atomabkommens mit dem Iran durch die fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats und Deutschland zu ändern: Die Sanktionen gegen das Land werden aufgehoben, der Iran darf zurückkehren in seine Position eines „normalen“ Staates. Damit wird die politische Kooperation mit dem Regime der Mullahs, das gegen den „Islamischen Staat“ gebraucht wird und seit zwei Jahren effizient im Irak gegen den „Islamischen Staat“ kämpft, wieder möglich. Genau einen solchen Kurswechsel des Westens sehen Saudi-Arabien und Israel als Gefahr, verlören sie dadurch doch ihre Monopolstellung als Partner der USA.

## 7. Israel

Nach außen erscheint es, als ob Israel sich in diesem Konflikt zurückhalte. Doch hat es in unmittelbarer Nachbarschaft einen ernst zu nehmenden Feind: die libanesische Hizbullah. Seit dem Abzug der israelischen Armee aus dem Libanon im Jahre 2000 war es an der libanesisch-israelischen Grenze immer wieder zu Schießereien mit dem bewaffneten Arm der libanesischen Schiiten gekommen. Im Juli 2006 hatte eine Einheit der Hizbullah zwei israelische Soldaten gefangen genommen. Israel beantwortete dies mit einer groß angelegten Invasion des Libanon, bombardierte massiv Ziele im ganzen Land, insbesondere die schiitischen Viertel der Hauptstadt Beirut. Weit über tausend Libanesen wurden getötet, zum größten Teil

---

<sup>22</sup> Tilgner, Ulrich: Die Logik der Waffen. Westliche Politik im Orient. Zürich 2012, S. 44f.

Zivilisten, da Israel offensichtlich auch Splitterbomben einsetzte.<sup>23</sup> Die Hizbullah überraschte durch ihre effiziente Kriegführung und durch Waffen, von denen behauptet wurde, sie seien von Iran geliefert worden. Ohne seine Kriegsziele, die Zerschlagung der Hizbullah erreicht zu haben, zog Israel sich nach erheblichen Verlusten schließlich am 14. August 2006 zurück.

Die Vernichtung der Hizbollah ist daher prioritäres Ziel der israelischen Politik. Als diese dem syrischen Regime gegen die jihadistischen Gruppen zu Hilfe kam, bombardierte Israel immer wieder Ziele in Syrien, nach eigenen Angaben – wenn solche überhaupt gemacht wurden –, um Waffenlieferungen aus dem Iran zu vernichten. Zu diesen Angriffen bekannte sich öffentlich erstmals der israelische Ministerpräsident Netanyahu im April 2016, als er erklärte, Israel habe „Dutzende Male“ Ziele in Syrien angegriffen.<sup>24</sup> Es mag stimmen, dass Israel sich zu Beginn des Konflikts weitgehend zurückgehalten hat, da die Stimmung im Lande auf den Konsens hinauszulaufen schien: ‚Lasst die bösen Buben sich doch gegenseitig umbringen‘.<sup>25</sup> Ähnlich äußerte sich auch Nathan Thrall, Analytiker der International Crisis Group: „Die Verewigung des Konflikts dient voll und ganz den israelischen Interessen.“

In der Gemengelage feindlicher und vielleicht nützlicher Parteien scheint aber Israel inzwischen genau die mit al-Qa’eda verbündete Nusra-Front als zumindest zeitweise nützlichen Alliierten anzusehen.<sup>26</sup> Die Nusra-Front ist auf der syrischen Seite der Golan-Höhen stark, operiert also in unmittelbarer Nähe der Grenze dieses von Israel annektierten Gebiets. Dabei wird sie mittlerweile offensichtlich von Israel unterstützt.<sup>27</sup> Unbestritten scheint auch, dass verwundete Nusra-Kämpfer in israelischen Krankenhäusern behandelt werden.<sup>28</sup>

Auf beiden Seiten der israelisch-syrischen Grenze siedeln Drusen. Sie sind die einzige nicht-jüdische Minderheit in Israel, die in der israelischen Armee Wehrdienst leistet. Bemerkenswert ist, dass keine der jihadistischen Gruppen in Syrien bisher jemals Israel angegriffen hat. Damit findet sich Israel mit Saudi-Arabien und den Golfstaaten, aber auch mit der Türkei in jener Front, die durch Unterstützung der Jihadisten die „schiitische Achse“ bekämpft und den Sturz Assads als entscheidenden Schlag gegen den Iran und die Hizbullah sieht. Dies bestätigt auch das von Amos Yadlin, einem langjährigen Militärberater der israelischen Regierung, entwickelte Szenario: „Es geht darum, die Allianz mit den sunnitischen Staaten in der Region zu stärken, an erster Stelle mit Saudi-Arabien und der Türkei.“<sup>29</sup> Die Ausschaltung Syriens als

---

<sup>23</sup> BBC news, 25. Juli 2008.

<sup>24</sup> FAZ, 14. Mai 2016, S. 6

<sup>25</sup> Rudoren, Jodi (2013, 5. Sept.): Israel backs limited Strike in Syria. In: New York Times. [www.nytimes.com/2013/09/06/world/middleeast/israel-backs-limited-strike-against-syria.html?pagewanted=all&\\_r=0](http://www.nytimes.com/2013/09/06/world/middleeast/israel-backs-limited-strike-against-syria.html?pagewanted=all&_r=0) [17-05-16].

<sup>26</sup> Gross, Ariela (2015, 7. April): Es geht um keinen Gottesstaat“ [www.ipg-journal.de/kurzinterview/artikel/es-geht-um-keinen-gottesstaat-866/](http://www.ipg-journal.de/kurzinterview/artikel/es-geht-um-keinen-gottesstaat-866/) [14-05-16].

<sup>27</sup> Salloum, Rania (2015, 22. Januar): Neue Front Golanhöhen: Israel unterstützt indirekt Dschihadisten. [www.spiegel.de/politik/ausland/israel-golanhoehen-werden-zur-naechsten-front-a-1014237.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/israel-golanhoehen-werden-zur-naechsten-front-a-1014237.html) [06-05-16].

<sup>28</sup> Silverstein, Richard (2015, 22. Juni): Israel’s Dangerous Game with Syrian Al Nusra Islamists. [www.globalresearch.ca/israels-dangerous-game-with-syrian-al-nusra-islamists/5458515](http://www.globalresearch.ca/israels-dangerous-game-with-syrian-al-nusra-islamists/5458515) [05-05-16].

<sup>29</sup> Weiss, Philip (2015, 22. Nov.): Israel isn’t worried about ISIS. In: <http://mondoweiss.net/2015/11/israel-worried-about/> [14-05-16].

Regionalmacht würde nicht nur die „schiitische Achse“ sprengen, sie erscheint israelischen Regierungskreisen wohl als Overtüre für stabile Beziehungen mit den reaktionären Mittelmächten der Region.

Dabei setzt auch Netanyahu auf die ethno-religiöse Karte, die den Konflikt mehr und mehr charakterisiert und eskaliert. Diese Politik passt sich durchaus ein in die israelische Innenpolitik, betreiben doch die aufeinander folgenden, immer weiter rechts ausgerichteten Regierungen immer stärker die Transformation Israels zu einem ethno-religiösen Staat. Zumindest indirekt leistet Israel so einen Beitrag zur Ethnisierung und Konfessionalisierung der Region. Demgegenüber ist das Regime Assads (nach der Zerstörung des Irak und Libyens und abgesehen von der von den Saudis abhängigen ägyptischen Militärdiktatur) das letzte säkulare System der Region.

### **Fazit: Friedensperspektiven?**

Kein geringerer als der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan hatte im März 2012 als Sondergesandter seines Amtsnachfolgers Ban Ki Moon begonnen, eine Verhandlungslösung durch eine Konferenz (Genf I) zu suchen. Das war der Zeitpunkt, zu dem die USA noch ernsthaft daran glaubten, im Verbund mit den Saudis und durch Unterstützung salafistischer Banden den Sturz des Damaszener Regimes erreichen zu können. Im August gab Annan auf und trat von seinem Amt zurück. Seinen Rücktritt begründete er mit mangelnder Unterstützung für seine Tätigkeit.<sup>30</sup>

Zu Annans Nachfolger bestellte Ban Ki Moon Lakhdar Brahimi, einen algerischen Spitzendiplomaten, der seit 1994 im Dienste der Vereinten Nationen tätig ist. Er ist Autor des viel beachteten Brahimi-Berichts der UN zu Friedensoperationen der Vereinten Nationen. Neben schier endlosen anderen Auszeichnungen ist er Träger des Hessischen Friedenspreises 2003. Brahimi versuchte auf den Vorarbeiten Kofi Annans aufzubauen, vor allem betonte er immer wieder, dass es keine militärische, sondern nur eine politische Lösung des Konflikts geben könne. Im Vorfeld einer 2014 geplanten Friedenskonferenz (Genf II) hatte die syrische Regierung die von Brahimi benannten Rebellengruppen als Verhandlungspartner akzeptiert, die USA bestanden auf dem Rücktritt Assads als Vorbedingung. Der schließlich gefundene Kompromiss, den auch die syrische Regierung akzeptierte, sah vor, dass eine Übergangsregierung gebildet werden sollte, der sowohl Mitglieder der derzeitigen syrischen Regierung wie auch Mitglieder „der Opposition und anderer Gruppen“ angehören könnten.<sup>31</sup> Diese Vereinbarungen wurden aber nie umgesetzt. Nach

---

<sup>30</sup> Spiegel online 2. Aug. 2012.

<sup>31</sup> UN.org (2012, 30. Juni): Action Group for Syria. Final Communiqué. [www.un.org/News/dh/infocus/Syria/FinalCommuniqueActionGroupforSyria.pdf](http://www.un.org/News/dh/infocus/Syria/FinalCommuniqueActionGroupforSyria.pdf) [12-05-16].

knapp zweijähriger Vermittlungstätigkeit trat auch Brahimi im Mai 2014 von seinem Amt zurück, wofür er keine Gründe nannte. Damit war auch die „Genf II“ genannte Initiative beendet.

Genf III begann am 1. Februar 2016 unter Leitung des UN-Sondergesandten Staffan de Mistura. Auf einer Vorbereitungskonferenz in Riad am 10. und 11. Dezember 2015 wurden die Kräfte bestimmt, die an der Konferenz auf Seiten der Opposition gegen Assad teilnehmen sollten. Das von Saudi-Arabien unterstützte „Hohe Verhandlungskomitee“, in der außer dem „Islamischen Staat“ und der mit al-Qaeda verbündeten Nusra-Front alle anderen wichtigen jihadistischen Gewaltakteure versammelt sind, weigerte sich bisher, mit Vertretern der Assad-Regierung zu verhandeln. Nicht vertreten sind auf der Grundlage des von Staffan de Mistura vorgelegten Verhandlungskonzepts ferner die syrischen Kurden der PYD. Erstmals soll aber der Iran an den Verhandlungen beteiligt werden.

Als bisher einziges Ergebnis wurde ein Waffenstillstand beschlossen (Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrats vom 18. Dez. 2015), der allerdings so gut wie nicht eingehalten wird. Verhandlungen zwischen den als Konferenzteilnehmer ausgesuchten Parteien konnten bisher nicht aufgenommen werden. Sollten die mittlerweile für den Spätsommer geplanten Verhandlungen je zustande kommen, werden sie wohl kaum zu einer Lösung führen: Ob die im „Hohen Verhandlungskomitee“ unter saudischer Führung versammelten „Rebellengruppen“ aufgrund der Rekrutierung ihrer Kämpfer und der ausländischen Unterstützung einen wesentlichen Teil des syrischen Volkes repräsentieren, darf bezweifelt werden. Zusammen mit dem Ausschluss der syrischen Kurden sorgt die Auswahl der Konferenzteilnehmer dafür, dass die ausländischen Interessen weiterhin stärker wiegen als die des syrischen Volkes. So scheint auch Genf III schon im Vorfeld gescheitert, die Bürgerinnen und Bürger Syriens bleiben weiterhin Spielball und Opfer der Kriegsziele auswärtiger Mächte.

### **Zivile Konfliktbearbeitung?**

Damit zivile Konfliktbearbeitung überhaupt Chancen hätte, bedürfte es zumindest einer Waffenruhe und eines Minimums an Interesse seitens der Konfliktparteien. Dies ist im Falle der kriegesischen Auseinandersetzungen aus verschiedenen Gründen nicht gegeben:

- Bis auf das Regime der Familie Assad und der syrischen Kurden sind die wichtigsten Gewaltakteure in Syrien auswärtige Mächte oder von ihnen unterhaltene Subunternehmen.
- Die Fortdauer der Gewalt liegt im Interesse eben dieser Gewaltakteure: Sie sorgt für Finanzierung, Bewaffnung und Unterstützung aus dem Ausland, sie ermöglicht auch das Abpressen von Ressourcen bei der geschundenen Bevölkerung durch

„Steuern“, Wegelagerung, Schutzgelderpressung, Plünderung und vor allem Lösegeldern, mit denen Entführte (sehr oft Kinder) freigekauft werden müssen. Solche Drohungen müssen glaubhaft sein, weshalb viele Entführte ermordet werden.

- Die Großmächte und die wichtigen Staaten der Region (vor allem Türkei, Saudi-Arabien und Iran) tragen in Syrien einen Stellvertreterkrieg aus. Ohne ihren Willen zum Frieden und entsprechenden Druck auf die von ihnen unterstützten Gewaltakteure wird zivile Konfliktbearbeitung keine Chance bekommen.
- Schlimmer noch: Die Ethnisierung und Konfessionalisierung durch die sich auf religiöse Prinzipien berufenden Gewaltakteure hat Fanatismen freigesetzt, die ethisch-konfessionelle Säuberungen schlimmster Art in der ganzen Region zur Folge haben – die Fluchtbewegungen seit 1915 sind möglicherweise nur Vorboten dessen, was noch kommen wird. Gegen religiös überhöhte Fanatismen vorzugehen, wäre in dieser Dimension eine neue Herausforderung für zivile Konfliktbearbeitung.

Um ziviler Konfliktbearbeitung eine Chance zu geben, wäre es notwendig, dass dem in der UN-Charta verankerten Gewalt- und Nichteinmischungsgebot endlich wieder Geltung verschafft würde und dass, als erster Schritt, Rüstungsexporte zumindest in Krisengebiete konsequent unterbunden würden.